

Rede bei der Pressekonferenz der Organisation
„Ethik im Familienrecht“
am 28.08.2026 in Berlin

Volkswirtschaftliche Kosten des institutionell verfestigten Verlusts einer Eltern-Kind-Beziehung nach Trennung

Eine vorsichtige Annäherung an Zahlen und Fakten



Was kostet es den Staat, wenn Kinder nach der Trennung ihrer Eltern einen Elternteil weitgehend verlieren?



Die ehrliche Antwort lautet: Der Staat weiß es nicht. Er erfasst zwar die Ausgaben für Jugendhilfe, Gesundheit, Transfers, Justiz und Bildungsprobleme – aber nicht deren Zusammenhang mit dem Verlust einer Eltern-Kind-Beziehung.



Nach den aktuellsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Mikrozensus 2025 leben in Deutschland rund 2,36 Millionen Kinder unter 18 Jahren in einem Haushalt mit nur einem Elternteil. Das sind 16,8 Prozent aller Minderjährigen. Von den Alleinerziehenden sind 84,4 Prozent Mütter und 15,6 Prozent Väter. Knapp jede fünfte Familie mit minderjährigen Kindern ist eine Alleinerziehendenfamilie.



Doch diese Zahlen sagen noch nichts über die Qualität der Beziehung zum anderen Elternteil. Ein Kind kann in einem Alleinerziehendenhaushalt gemeldet sein und trotzdem beide Eltern verlässlich erleben. Entscheidend ist daher nicht die Haushaltsform, sondern die Frage: Wie viele Kinder verlieren nach der Trennung die gelebte Beziehung zu einem Elternteil weitgehend?

Im deutschen Residenzmodell lebt das Kind überwiegend bei einem Elternteil. Der andere wird häufig auf begrenzte Umgangszeiten verwiesen – auch dann, wenn er wesentlich mehr Betreuung übernehmen könnte und das Kind von einem balancierteren Bezug zu beiden Eltern profitieren würde.

Dem Kind wird damit weitgehend ein Elternteil entzogen – und diesem Elternteil weitgehend das Kind.

Warum sorgt der Staat nach einer Trennung nicht vorrangig dafür, dass dem Kind beide Eltern erhalten bleiben und beide gleichwertig Verantwortung übernehmen?

Offizielle Darstellungen behandeln das Alleinerziehen häufig als eine normale und unterstützenswerte Familienform. Gleichzeitig fordern Verbände aber beständig weitere Hilfen für ein offenkundig besonders belastetes Segment gesellschaftlicher Realität.

Pädagogen, Jugendhilfe und Psychotherapie erleben die Folgen täglich: emotionale Belastungen, Verhaltensauffälligkeiten, psychische Erkrankungen, Schulprobleme und in schweren Fällen transgenerationale Problemverläufe. Nicht jedes Trennungskind ist betroffen. Aber Trennungskinder tragen im Durchschnitt erhöhte Risiken – besonders dann, wenn zur Trennung der Verlust eines Elternteils hinzukommt.



Mit rund 200.000 jährlich neu betroffenen Elternpaaren – ehelich und nicht ehelich – umfasst diese Erfahrung inzwischen Millionen Menschen. Viele Mütter werden nach der Trennung zur hauptsächlich betreuenden Person und bemerken aber später, dass ihnen durch reduzierte Erwerbsarbeit Rentenanwartschaften fehlen. Viele Väter werden auf die Rolle des Zahlenden mit begrenztem Zugang zum Kind verwiesen und zugleich in Steuerklasse I eingeordnet. Das Modell erzeugt also nicht nur Gewinner und Verlierer. Es erzeugt auf beiden Seiten langfristige Abhängigkeiten und Schäden.

Eltern und ihre Familien zahlen einen hohen Preis. Ausgegrenzte Eltern erkranken, fallen bei der Arbeit aus, benötigen therapeutische oder medizinische Hilfe. Großeltern, Geschwister und ganze Familienverbände verlieren ihre Beziehungen zum Kind. Hinter jedem unmittelbar betroffenen Elternpaar stehen weitere Menschen, die institutionell mit ausgegrenzt werden.

Großmütter väterlicherseits erleben inzwischen, dass familienpolitische Errungenschaften und feministische Ziele, für die sie einmal gekämpft haben, nicht verhindern, dass sie nach einer Trennung ihre Enkel verlieren. Elternverlust ist deshalb niemals nur der private Verlust zweier Menschen. Er greift in ganze Familienverbände ein.



**Unsere Eingangsfrage lautet deshalb:
Was kostet den Staat diese vermeidbare Fehlsteuerung nach der Trennung von Eltern?**

Zu den Kosten gehören:

- Arbeitsausfälle und Behandlungskosten infolge physischer und psychischer Schäden bei ausgegrenzten Elternteilen;
- frühe Psychiatisierung und Behandlung von Kindern, die den Verlust eines

Elternteils und die Abwertung eines Teils ihrer eigenen Herkunft bewältigen müssen;

- zusätzliche Belastungen in Bildung, Jugendhilfe, Sozialleistungssystemen und Justiz;
- fehlgesteuerte Familienhilfen, die Konflikte nicht lösen, sondern problematische Verhältnisse über Jahre verwalten.

Was bedeutet dabei vermeidbar?

Aus meiner inzwischen 25-jährigen Arbeit kenne ich z.B. jahrelange Beratungskarrieren ohne erkennbares Ergebnis; begleiteten Umgang, obwohl Vater und Kind keiner Begleitung bedürfen; aufsuchende Familienhilfen, die Defizite nicht beheben, sondern lediglich bestehende Verhältnisse prolongieren; und sogar Inobhutnahmen, obwohl der andere Elternteil zur Betreuung bereitsteht.

Ich kenne Fälle, in denen das Kind nicht zum betreuungsbereiten Vater wechseln durfte, während beim bisherigen Residenzelternteil immer neue Hilfen installiert wurden. Damit wird nicht das Kind stabilisiert, sondern die einmal getroffene Rollenzuweisung. Und das System von Trennungsintervention schützt seine Akteure vor der Erkenntnis fehlerhafter Entscheidungen. Dabei erzeugt jede neue Maßnahme Kosten, ohne naheliegende Alternativen auch nur ernsthaft zu prüfen.

Die Aufzählung bleibt offen. Beahlt werden alle diese Maßnahmen von der Allgemeinheit.

Der deutsche Staat weiß nicht, welche vermeidbaren Kosten sein Regelwerk verursacht, weil er sie nicht als eigene Ursache-Wirkungs-Kategorie erfasst. Es wird nicht systematisch untersucht, welche Folgen unterschiedliche Betreuungsmodelle, gerichtliche Interventionen und langjähriger Kontaktverlust tatsächlich haben.

Aber wir können uns der Größenordnung zumindest annähern.

In Deutschland leben rund 2,5 Millionen Minderjährige in Alleinerziehendenhaushalten. Die öffentlichen Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe beliefen sich 2024 insgesamt auf 78,8 Milliarden Euro. Selbstverständlich wird nur ein Teil davon durch Trennungskonflikte berührt. Welcher Anteil mit einem vermeidbaren Elternverlust zusammenhängt, wird jedoch nicht ausgewiesen.



Weil belastbare Verlaufsdaten fehlen, ist nur eine Szenariorechnung möglich. Nehmen wir beispielhaft und sehr vorsichtig an, dass nur 10 bis 20 Prozent dieser

Kinder einen schwerwiegenden, vermeidbaren Verlust des anderen Elternteils erleben. Das wären 250.000 bis 500.000 Kinder.
 Unterstellt man zusätzliche öffentliche Kosten von 5.000 bis 15.000 Euro pro betroffenem Kind und Jahr – für Transfers, Verwaltung, Jugendhilfe, Gesundheit, Bildung und Justiz –, ergibt sich eine Spanne von 1,25 bis 7,5 Milliarden Euro jährlich.

WISSENSCHAFTLICHE GRENZE

Die Rechnung beweist die Summe nicht. Sie beweist die Forschungslücke.

28.08.2026 Franzjörg Krieg

Diese Rechnung beweist die Summe nicht. Sie lässt aber erahnen, welche Größenordnung der Staat seit Jahrzehnten vermeidet, zu untersuchen.

Die Langzeitfolgen reichen weit über Jugendhilfe hinaus

BILDUNG Schulprobleme Abbrüche Geringere Chancen	GESUNDHEIT Psychische Erkrankung Therapie Arbeitsunfähigkeit
ERWERB & STEUERN Ausfälle Transferbezug Mindereinnahmen	NÄCHSTE GENERATION Weitergabe belasteter Beziehungs- und Familienmuster

28.08.2026 Franzjörg Krieg 9

Noch nicht enthalten sind dabei langfristige Folgen:
 Geringere Bildungs- und Erwerbschancen, Arbeitslosigkeit, dauerhafte psychische Erkrankungen, Steuerausfälle, die gesundheitliche Schädigung ausgegrenzter Eltern und die Weitergabe problematischer Beziehungsmuster an die nächste Generation.

Das Problem ist strukturell – nicht privat

ÜBERWIEGEND VÄTER Sie werden häufiger zum nachgeordneten Elternteil.	ZUNEHMEND MÜTTER Auch sie erleben dieselbe institutionelle Logik.	DAS MODELL Es produziert einen betreuenden und einen nachgeordneten Elternteil.
--	---	---

28.08.2026 Franzjörg Krieg 10

Der Schaden ist nicht nur finanziell. Wer erlebt, dass der Staat tief in seine Eltern-

Kind-Beziehung eingreift, verliert Vertrauen in seine Institutionen. Auch dieser Vertrauensverlust wirkt langfristig politisch und gesellschaftlich.

Die Politik hat offenbar geglaubt, ein mit dem Etikett ‚Kindeswohl‘ versehenes Residenzmodell werde von den Betroffenen dauerhaft akzeptiert. Aber staatliche Eingriffe wirken unmittelbar in den Biografien der Menschen. Wer erlebt, dass Beziehungen nicht geschützt, sondern verwaltet oder zerstört werden, lässt sich nicht durch wohlklingende Begriffe beruhigen.

Und die Ergebnisse zeigen sich inzwischen bei jeder Wahl.



Warum wurden die Folgen familienrechtlicher Interventionen nie systematisch evaluiert? Und warum werden Jugendhilfe-, Gesundheits-, Bildungs- und Justizdaten bis heute nicht so miteinander verbunden, dass die Folgen eines Elternverlustes sichtbar werden?

Warum gibt es bis heute keine umfassende Evaluation des Gewaltschutzgesetzes und seiner Wirkungen in Trennungsfamilien? Wenn staatliche Intervention tief in Eltern-Kind-Beziehungen eingreift, muss der Staat auch nachweisen, welchen Nutzen und welche Schäden sie hervorbringt.

Das System trifft überwiegend Väter, zunehmend aber auch Mütter. Gerade diese Entwicklung zeigt: Das Grundproblem ist im Endeffekt nicht das Geschlecht des ausgegrenzten Elternteils, sondern ein Modell, das nach Trennung strukturell einen betreuenden und einen nachgeordneten Elternteil produziert. Dies ist eine qualitative Zuordnung des Staates mit durchaus menschenrechtswidriger Komponente.

Wir kennen die Milliardenbudgets. Wir kennen die betroffenen Kinder. Wir kennen die Institutionen. Was wir nicht kennen, ist der Anteil der Kosten, den das System selbst verursacht – weil es ihn nie untersucht hat.

Deshalb fordern wir eine **unabhängige Langzeitstudie** über die gesundheitlichen, sozialen und volkswirtschaftlichen Folgen des Verlusts einer Eltern-Kind-Beziehung nach Trennung.

UNSERE FORDERUNG

Beziehungen erhalten.
Schäden verhindern.
Beide Eltern in
Verantwortung halten.

Kindeswohl darf kein Etikett sein.

28.08.2026

Franzjörg Krieg

**Kindeswohl darf kein Etikett für erwachsenenorientierte Klientelpolitik sein.
Kindeswohl muss bedeuten:
Beziehungen erhalten, Schäden verhindern und beide Eltern in Verantwortung halten.**